

Bezugspreise:
für Halle monatlich bei zweimaliger
Anstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 22,50 Mk.
auschl. Zustellungsgebühr. Be-
stellungen werden nur an den Reichs-
postämtern angenommen. Im
amtlich, Zeitungsverzeichnis unter
Sonder-Zeitung eingetragen. Für
unserer eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe „Saale-Zeitung“ ge-
nauer. Ferner der Schriftleitung Nr.
1148, der Anzeigen-Abt. Nr. 1418
u. 1419, der Gesangs-Abt. Nr. 1133.

Morgen-Ausgabe.

Saale-Zeitung

Vierrundfünfzigster Jahrgang.

Anzeigenpreise:
Die 8 Spalten zu 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 40 Pf.,
Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unserer Geschäftsstelle u. sämtliche
Anzeigenverträge, Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haupt-Be-
schäftigte: Halle, Neue Promen-
nade 19, Dr. Straußbacher. 17.
Neben-Geschäftsstellen: Große
Ulrichstraße 52 und Markt 24.
Postfach-Konto Leipzig Nr. 4609.

Nr. 373.

Halle, Donnerstag, den 12. August 1920.

Einzelpreis 20 Pfg.

Der erste Tagungsabschnitt des Reichstages.

Von C. Delius, Halle (S.), M. d. R.

Der Nationalversammlung wurde ständig der Vorwurf gemacht, daß sie die gesetzgeberischen Arbeiten im Eiligtume erledige. Das war teilweise richtig, lag aber in den Verhältnissen begründet. Jedenfalls hatten die Parteien, die für die schließliche Auflösung der Nationalversammlung eintraten, kein Recht, diesen Vorwurf zu erheben. Bei ungestörtem Fortgang der Arbeiten wäre manches noch erledigt oder besser geworden. Dafür bedante sich das deutsche Volk bei den Reichsparteien! Der neue Reichstag hatte durch den vorsichtigen Abbruch der Arbeiten der Nationalversammlung keine gute Gewähr übernommen. Besser ist es für ihn, nur das Unvermeidliche zu tun. Der Wahlsaufsatz vor Wochen beging, bevor die Bildung einer Regierung möglich war. Die Regierung, die schließlich zustande kam, war eine Minderheitsregierung, von vornherein besetzt mit allen Schwächen einer Koalitionsregierung und einer Minderheitsregierung im besonderen. Von einer Sonnenklarheit der Regierung kann man nur sehr bedingt sprechen. Die Deutsche demokratische Partei ist mit äußerstem Widerstreben in die Regierung eingetreten. Es war ihr besonders schwer, mit einer Partei an einem Tische sitzen zu müssen, die den Kampf gegen die Demokraten besonders gefählig geführt hatte. Parteipolitische Gründe mußten die Partei von der Regierung fernhalten, des Vaterlandes Rettung für den Eintritt bestimmen. Und da Parteien doch schließlich das Ziel, dem Volke zu dienen und in dessen Wohl das oberste Gesetz zu sehen, haben, mußte die Entscheidung im Sinne des Fraktionsbeschlusses fallen, wenn die Möglichkeit bestand, die Geschäfte des Reiches vorwärts bringen zu können.

Die Regierung hat sich behrteht, die Rahmen ihrer Vorkämpfer zu wahren. Für alle politischen Tendenzen eine Selbstverständlichkeit, für die ungeschickte Rührerschaft, die an einen Rechtsruck glaubte, eine große Enttäuschung, für die Deutsche Volkspartei, einer Parteistimmen in der Regierung, eigentlich eine völlige Aufgabe ihrer im Wahlkampf der Bevölkerung gemachten Ziele. Die erste große Besatzungsprobe bildete Spa. Ungenügend vorbereitet handelte die Regierung in Spa dem einmütigen Willen der Entente gegenüber. Der unersöhnliche Geist der Franzosen zwang die anderen Alliierten in den Bann. Damit mußten von vornherein die deutschen Hoffnungen stark herabgedrückt werden. Dem demokratischen Minister Simons gelang es wenigstens, unter Wahrung der deutschen Ehre, diplomatisch geschickt die Verhandlungen vor dem Scheitern und damit Deutschland vor größtem Unheil, vielleicht vor dem Zusammenbruch, zu bewahren. Was Deutschland in Spa zugemutet wurde, zeigt nun dem unbändigen Haß der Franzosen und von dem Fehlen der leider immer noch schmerzhaft vermissten besseren Entente der Deutschen, Deutschlands Wiederaufbau nicht zu verhindern. Das Waffensitzat erfuhr ja insofern eine Milderung, als nicht sofort die Verarmlichung des Heeres auf 100 000 Mann zu erfolgen braucht. Von der Durchführung der Entwertung der Reichsbanknoten wird es abhängen, ob mit dieser Heeresstärke auszukommen ist. Für das deutsche Volk muß dieses Diktat im höchsten Grade bedauerlich wirken. In dem Augenblick, wo die ganze Welt in Waffen harret, im Osten des Reiches Götzen bedrückt sind, magst man Deutschland wehloos. Wäre es nicht so bitter ernst, man wäre geneigt, eine Satire zu schreiben! Das Kohlenabkommen erfuhr zwar eine Verbesserung, trotzdem bedeutet es eine gewaltige wirtschaftliche Belastung und eine Gefahr für das Reich. Kein Mensch weiß bestimmt, ob wir in der Lage sind, die Forderungen erfüllen zu können. Solange aber auch nur die letzte Hoffnung bestand, durfte die Regierung keine Katastrophopolitik treiben. Ob sich der Einmarsch in das Ruhrgebiet vermeiden läßt, hängt ganz von der Leistung der Belgier ab. Der gute Wille ist bei ihnen vorhanden. Dem Reichstage blieb nach Lage der Sache gar nichts weiter übrig, als das Abkommen zu billigen. Die Deutschnationalen konnten sich die Geste des starken Mannes, der nichts hinzuzusetzen hat, aber auch keine Verantwortung zu tragen hat, leisten. Selbst die U. S. P. billigten das Abkommen. Sie tun allerdings durch ihre verwerfliche Politik die besten Kräfte gegen die Entente. Die Rede des Außenministers zeigte einen Staatsmann eigener Prägung. Was über Spa und die auswirkenden Beziehungen von ihm gesagt wurde, wirkte durch die offene Sprache und die richtige Beurteilung der deutschen Lage. Einige Entlassungen waren zwar bewunderlich, würden aber die tiefe Wirkung der Rede nicht beeinträchtigt haben, wenn nicht die zwei weiteren Reden im Berichtungswesen weitere Ungeschicklichkeiten gebracht hätten. Die Regierungsparteien stehen mit Ausnahme der Volkspartei fest zu Simons. Bei ihr mögen noch Bestimmungen zurückgeblieben sein, wohl auch deshalb, weil Herr Simons dem Gutachten Simons scharf entgegengetreten war. Diese Bestimmungen scheinen aber nicht groß genug zu sein, daß die Volkspartei es zu einem Konflikt kommen ließ, sehr zum Bedauern der Kampfgemeinschaft aus dem Wahlkampf.

Das Abkommen von Spa hatte einige gesetzgeberische Maßnahmen zur Folge. Das Gesetz über die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht, welches vom Reichstage angenommen wurde, weckte Erinnerungen stolzer und schmerzlicher Art und durfte wahrhaftig nicht zum Anlaß genommen werden, um ein einmal das ätzende Gift zu verprügeln, wie es nach der Rede des verehrungswürdigen Generalobersten von Gallwitz, die vielleicht nicht recht parlamentarisch war, aber einem leidvollen und doch stolzen Soldatenherzen entsprang, seitens der Unabhängigen der Fall war. Die Ablehnung des Gesetzes durch die Deutschnationalen war eine leere Demonstration, die zwar zu nichts verpflichtete, aber auf naive Gemüter, die nicht mit den leider unerbittlichen Tatsachen zu rechnen verstanden, wirken wird. Der demokratische Antrag, der Einführung eines wirtschaftlichen Dienstjahres für beide Geschlechter, der zwar noch nicht zur Annahme gelangte, ist der Weg, auf welchem das Wertvolle, was uns durch die Beseitigung der allgemeinen Wehrpflicht verloren gegangen ist, in noch härterer Maße zu erreichen sein wird. Bei dem Entwaffnungsgesetz gelang es, die zahlreichsten Kräfte zu umschiffen und schließlich stimmten nur die U. S. P. und die Radikalen vor rechts dagegen. Jetzt liegt es trotz der scharfen Gesetzesbestimmungen vor allem an dem guten Willen der Bevölkerung, daß wir den Verpflichtungen nachkommen und damit dem drohenden Einmarsch vorbeugen. Da die Entwertung sich ohne Reibungen durchzuführen läßt, steht dahin. Die Bevölkerung kann nicht gegen gemutet werden, ihren Widerstand aufzugeben und Verzicht zu leisten.

In der Neutralitätsfrage fand die Regierung einmütige Zustimmung. Jeder Deutsche empfindet angelegentlich der lässlichen Haltung und des Größenwahns der Polen eine gewisse Genugtuung, daß dieses undankbare Volk für seine Ueberhebung seinen Dentsgelt erhält. Freilich die Gefahr des Bolschewismus ist bedenklich nahe gerückt. Werden wir sie bannen können, angeht es der wiederbegonnenen Aktivität der unruhigen Elemente im Lande? Das bleibt eine ernste Sorge für Regierung und Parlament.

Da kann man wohl im Zweifel sein, ob die Annahme des Amnestiegesetzes im Augenblick zweckmäßig war. Ja hätte es lieber gesehen, wenn ein solches Gesetz jetzt nicht gekommen wäre. Praktische Gründe, die Unmöglichkeit der Durchführbarkeit der Laufenden von schwebenden Strafverfahren zwingen schließlich dazu. Anderem Eintreten ist es zu danken, daß die Rädelsführer der Putsch von rechts und links und eine Anzahl schwerer Delikte, die die U. S. P. freigelassen wissen wollten, nicht unter das Gesetz fallen.

Bei der Behandlung des Notetats fand der Reichsfinanzminister Gelegenheit, wieder die fortgesetzt schlechter werdende Finanzlage des Reichs darzulegen. Die dem Reichstage zugegangene Denkschrift bringt eine erschütternde Darstellung. In allen Kreisen der Bevölkerung immer wieder den furchtbaren Ernst klar zu machen, wird es notwendig sein, diese Denkschrift noch sehr eingehend in der Öffentlichkeit zu behandeln. Trotz dieses Finanzelends immer neue Anforderungen, die in vielen Fällen kaum abweisbar sind, uns aber zwingen, die Kassenpfeile weiter in Bewegung zu setzen. Da müssen alle Mittel ergriffen werden, die zu einer Verminderung der Ausgaben beitragen. Der Antrag Delius zur Prüfung der Reichs- und Staatsverwaltungen nach Vereinfachung und Verbilligung scheint ein solch wirksames Mittel zu sein. Nur scharfe, rücksichtslose Zugriffe können hier zum Ziele führen.

Die wirtschaftlichen Abkommen, welche die Genehmigung des Reichstages fanden, bringen einen kleinen Lichtblick in den wirtschaftlichen Chaos. Eine Besserung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse wird auch der nun ernstlich in Angriff genommene Abbau unserer Zwangswirtschaft bringen. Die Beschlüsse des Reichstages in dieser Beziehung werden, da sie Brotgetreide und Milch vorläufig noch nicht freilassen und bezüglich der Kartoffeln erst das Endergebnis abwarten wollen, Billigung bei Verbrauchern und Erzeugern finden müssen. Daneben geht man den Kriegesgesetzmäßigkeiten ernstlich zu Leibe.

Die Herabsetzung der Preise für Braunkohlen bedeutet eine wesentliche Erleichterung, wenn leider auch an eine Herabsetzung der Kohlensteuer nicht gedacht werden kann. Der Reichstag mußte der Verlängerung der Kohlensteuer seine Zustimmung geben.

Das Gesetz über die Aufhebung der Militärgerichtsbarkeit, was die Nationalversammlung infolge der Abstraktion der beiden Reichsparteien nicht mehr verabschieden konnte, wurde vom Reichstag gegen die Stimmen der Rechtsleute angenommen. Aus der Faltung der Deutschen Volkspartei in der Kommission konnte man annehmen, daß die Faktion letzten Endes zustimmen würde. Wenn es nicht geschähe, eine weitere Unbegreiflichkeit, die direkt als ein Mißtrauen gegen die eigenen Minister aufzufassen ist, die selbst die Verantwortung mit der übrigen Regierung tragen. Solche Scherze darf man sich nicht öfter leisten.

Eine Menge Kleinarbeit, doch nicht minder wichtig für große Teile der Bevölkerung, ist beim Notetat gelöst worden. Die Ausschüsse waren reichlich beschäftigt; an

Sitzungen der Fraktionen hat es nicht gefehlt. Jetzt tritt die bringen nötige Ruhepause ein. Regierung und Parlament müssen Atem schöpfen zu neuer Arbeit. Genuß steht vor der Tür. Soll es ein zweites Spa werden oder wird die Entente größere Einsicht zeigen? Wird es uns ermöglichen, dann ernsthaft den Wiederaufbau betreiben zu können? Wie wird dann die Frage gelöst werden, bringt sie eine Aenderung des Vertrags von Versailles? Werden wir vom Bolschewismus verschont bleiben? Das sind Fragen, die keine Ferienstimmung aufkommen lassen, sondern unsere Sorgen für die nächsten Wochen noch vergrößern. Die Regierung hat zwei Monate Zeit, zu verstreuen, die inneren und äußeren Schwierigkeiten, soweit sie dazu in der Lage ist, zu meistern und dem Reichstage bei seinem Wiederauftritt ein sorgfältig vorbereitetes Material zur weiteren aufbauenden gesetzgeberischen Tätigkeit vorzulegen.

Ein neuer persisch-deutscher Zwischenfall.

Berlin, 11. August. Der deutsche Arzt Dr. Schüll, der nach dem Tode des Königs des Konstantin in Ägypten übernommen hatte, führte den Enkisch, die nach ihm nicht befindlichen Raketen zu vernichten, um die Bagdader gewisse Bevölkerungsstellen nicht zu reizen. Er hatte diesen Entschluß zum Teil bereits ausgeführt, als der persische Argular und der Führer der Demokraten in das Konstantin eindringen, ohne dessen Unverständnis zu respektieren. Mehrere persische Offiziere übermühten Dr. Schüll, hielten ihn über 12 Stunden gefangen und raubten alle Waffen. Die persische Regierung lud die Angelegenheit zu beurteilen, als ob es sich um ein von der Bagdader ausgeführtes Verbrechen handelte, um die gefährliche Verwundung der Munition durch Dr. Schüll zu verhindern. Die deutsche Regierung hat ihren Geschäftsträger in Teheran telegraphisch angewiesen, der persischen Regierung ihre Entziehung über diesen neuen Zwischenfall auszusprechen und sich bis zum Vorliegen näherer Berichte alles Weitere vorbehalten.

Noch keine Einladung zur Genfer Konferenz.

Paris, 11. August. Wie von zutuniger Seite mitgeteilt wird, ist der deutschen Regierung eine Einladung zu der Genfer Konferenz bisher nicht zugegangen. Auch über den Termin ist nichts bekannt.

Die Vorbestraften organisieren sich.

Berlin, 10. August. Dem Zuge der Zeit folgend, haben nunmehr auch die Vorbestraften einen Verband gegründet mit einer Berliner Zentrale in der Martin-Lutherstraße 18. Neben einer Denkschrift, die der Verband der Vorbestraften an die Öffentlichkeit verlorb hat, treibt er bereits in den Strafen des Reiches seine Propaganda. An vielen Häusern der inneren Stadt konnte man heute folgendes Plakat sehen:

Müßt der Vorbestraften in die Öffentlichkeit. Ueber 12 000 000 Vorbestrafte sind heute in Deutschland ohne jede Interessenvertretung. Alle Kräfte haben heute durch Organisation es verstanden, ihre Lage zu verbessern und gegen Unrecht die öffentliche Meinung aufzurufen. Nur den Vorbestraften wird heute die Möglichkeit genommen, sich wirtschaftlich wieder aufzurichten. Gegen diese furchtbare Gefühlswunde, gegen diese brutale Unterdrückung vieler Menschen rufen wir das große Heer der Vorbestraften auf: Wir wollen für vorangegangene Rechtsverletzungen absolut keinen „Freiheits“, aber als Menschen verlangen auch mit unsrer Recht, das mit uns geboren, das Volkrecht. Volksgelehe wollen wir haben. Unsere heutigen Gelehe sind keine Volksgelehe, noch entsprechen sie der Volksseele, sie enthalten furchtbare Härten gegen Deffassierte. Wir wollen uns daher nicht länger vergemaltigen lassen, und stellen folgende, der Zeit entsprechende Forderungen: 1. Sofortige Abschaffung der Todesstrafe. 2. Schleunige Reorganisation des Strafrechts unter Finangsetzung von Rechtsfindigen, Vorbestraften und Vertretern des Professions. 3. umgehende Reorganisation unserer an das Mittelalter erinnenden Strafanstalten. 4. sofortige Beseitigung der von den Militär- und Zivilbehörden verhängten Freiheitsstrafen.

Vorbestrafte, welche ihre Strafen aus dem Strafregister gelöscht haben, oder erneut angefaßt sind, oder Gnabengleiche, Wiederaufnahmearbeit usw. einreichen wollen, werden gebeten, sofort ihre genaue Adresse mit Rückporto an das Sekretariat einzuliefern. Wendet euch vertrauensvoll an die Reichszentrale der Vorbestraften, Berlin, Martin-Lutherstr. 18, Portal II, parterre.

Der Kampf gegen den Steuerabzug.

Hfen, 10. August. Entgegen den Warnungen des Reichssteuerpräsidenten in Düsseldorf sind in der Umgebung von Düsseldorf in verschiedenen Betrieben Arbeitergruppen wegen des Steuerabzugs mit Gewalt gegen die Arbeitsbesorgungen, in anderen Betrieben finden zurzeit darüber Verhandlungen statt. Insofern in Betrach und Reiss, soll versuchen größere Arbeitergruppen mit Gewalt die Arbeitsbesorge zu zwingen, den Steuerabzug nicht zu machen. So kam es in manchen Fabriksbetrieben gestern und bereits am Sonnabend zu Drohungen der Arbeiterschaft, so daß sich schließlich die Verwaltungen der Gewalt beugen mußten und den Steuerabzug unterließen. Diesfalls mußte auch die Zulassung gegeben werden, daß bereits gemachte Abzüge wieder zurückgezahlt würden. Die Kommunisten erklärten

Das die Gewaltsamkeit auf keinen Fall selbst tragen könnten. Durch die Verhandlungen wird die Arbeit in vielen Fabriken unmöglich gemacht, und es wird ihnen gleichzeitig unmöglich, ihren finanziellen Verpflichtungen nachzukommen. Auch die Polizeibehörden erklärten sich machlos im Vorgehen vor Unruhen gegenüber. Die Generaldirektion Friedrich Bauer & Co. haben gestern früh wegen der Dringlichkeit der Arbeiterfrage und wegen der unerfüllbaren Forderungen bis auf die lebenswichtigen Abteilungen die Fabrik schließen müssen.

Weitere Verschärfung der Lage im Saargebiet.

Frankfurt (Main), 11. August. Der Frankfurter Zeitung zufolge hat sich im Saargebiet die Lage durch die drakonischen Maßnahmen der Regierungskommission noch verschärft. Nachdem die Besatzung den Streik beschlossen haben, erwartet man nunmehr den Beginn des Generalstreiks. Die Besatzungstruppen werden andauernd verstärkt. Die Säusindungen bei verdächtigen Personen werden fortgesetzt. Die deutsche Presse des Saargebietes ist mundtot gemacht. Die Saarbrücker Zeitung, die "Saarbrücker Landeszeitung", die "Vollstimme" und die "Wälfinger Nachrichten" und andere Zeitungen sind auf vier Wochen verboten worden. Fast alle Redakteure wurden verhaftet. Die Bevölkerung hofft, daß der Völkerrund die jetzige Regierungskommission durch eine wirklich neutrale ersetzen werde, da die jetzige Kommission nur französische Annexionspolitik treibe.

Der Proteststreik in Wiesbaden.

Wie schon mitgeteilt, waren die Angehörigen der Wiesbadener Straßenbahnen in den Streik getreten, um vom französischen Kommandanten die Freilassung zweier mit Gefängnis bestraffter Schaffner zu erzwingen. Der eine wurde wegen einer Verurteilung über die auf dem Schloß geführte Fahne zu acht Monaten, der andere zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er beim Abfeuern eines Offiziers mit dem Ellenbogen getroffen hatte, worin dieser einen tödlichen Angriff erlitt. Noch am 6. August wurde ein dritter Schaffner wegen eines ähnlichen geringfügigen Vorgehens zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Besonders Beschwerde führt das Bahnpersonal über die Mißhandlungen, denen es durch französische Fahrgäste, namentlich farbige Soldaten, ausgesetzt ist. Die Bevölkerung ist durch das nachschleifende Flugblatt, das uns aus Wiesbaden zur Verfügung gestellt wird, über den Sachverhalt aufgeklärt worden.

An die Bevölkerung der Städte Wiesbaden, Biedrich und Mainz.

Das Personal der Biedrich-Wiesbadener Straßenbahnen ist mit dem heutigen Tage in einen Proteststreik eingetreten. Der Protest richtet sich gegen das ungehörige Verhalten französischer Zivil- und Militärpersonen, welchen das Straßenbahnpersonal bei der Ausübung seines ohnehin schweren Berufes fortgesetzt ausgesetzt ist. Fortgesetzt führt das herausfordernde Verhalten bestimmter Fahrgäste zu Differenzen, die sich in vielen Fällen in bedrohlichen und tödlichen Fällen enden. In Fällen, wo sich das Bahnpersonal gegenüber den Beschäftigten zu Wehr setzt, sind in verschiedenen Fällen Festsetzungen und Bestrafungen erfolgt, die bei der sozialen Lage des Personals als ungebührlich bezeichnet werden müssen.

Das Personal fordert eine bezugsnehmende Abklärung der Verhältnisse durch die Besatzungsbehörde, damit der Verwaltung und dem Bahnpersonal des Straßenbahnbetriebes eine einwandfreie Abwicklung des Streiks möglich ist. Die Protestierer verlangen ferner die Freilassung aller in Haft befindlichen Straßenbahner, soweit die Strafen für die Ausübung der friedlichen Biedrich-Wiesbadener Straßenbahnen in Anerkennung aller Pflichten und Rechte eines Verkehrsangehörigen.

Das Personal der Biedrich-Wiesbadener Straßenbahnen.

Die polnisch-russische Frage.

Amsterdam, 11. August. Vorher Lloyd George hat zum Parlament bezogen, empfindet er zusammen mit Bonar Law und dem Arbeitsminister Mac Donnara eine Anzahl von Deputationen von Arbeiterführern, darunter den Präsidenten des Bergarbeiterbundes Smitlle,

den Vertreter der parlamentarischen Arbeiterpartei Wadson, ferner D'Gard, Oberst Wegwood und andere. Die Verhandlung machte Lloyd George von den vorerwähnten abgenommen, gegen den Krieg mit Polen. Lloyd George erklärte, er werde sich nicht für einen Mittelweg entscheiden, worin dem Generalstab ein solches Mittel geboten wird. Nach Mitteilung eines Mitgliedes der Verhandlung wurde die Besprechung auf beiden Seiten in freundlicher und offener Weise geführt. Lloyd George erwiderte die Verhandlungen, seine Erklärungen im Parlament abzuwarten. Er legte, der Vertrag von Versailles, durch die Unabhängigkeit Polens geschaffen sei, müßte um jeden Preis aufrecht erhalten werden.

Zwischen dem die Bedingungen der englischen Generalstreiks gegen einen Krieg an. U. a. haben 170 000 Zimmerleute und Tischler in Manchester erklärt, sie würden sich weigern, Kriegsmaterial, wie z. B. Flugzeuge, herzustellen. — Der Dödarbeiterbund hat an Lloyd George einen Protest gegen einen Krieg mit Sowjet-Rußland gerichtet mit der Begründung, daß Polen den Anreiz bekommen habe.

Proz. 11. August. „Bravo Bidu“ meldet, der Zentralrat der tschechischen sowjetischen Generalstreiksorganisation fordert die Gewerkschaften der organisierten Arbeiter in einem Aufruf an, die Durschführung von Kriegsmaterial nach Polen, Ungarn und Rumänien nicht zuzulassen, da es gegen Sowjet-Rußland verwendet werden könne.

Budapest, 11. August. Gegenüber den Gerüchten von einer Mobilisierung in Ungarn wird von amtlicher Seite erklärt, daß eine Mobilisierung nicht angeordnet werden sei, da auch die Vorbereidungen dazu fehlen würden. Ungarn verleihe heute nicht einmal über das Kriegsmaterial, was den dringenden Bedarf der durch die Entente gemieteten Armeen decken könne. Eine Mobilisierung wäre demnach unmöglich.

Deutsches Reich.

Neuer deutscher Gesandter in Christiania. Zum Nachfolger des bisherigen deutschen Gesandten in Christiania, Herrn Matius, der zur deutschen Friedensmission in Paris übertritt, ist, wie die „Frankfurter Zeitung“ erzählt, der Geh. Legationsrat Dr. Rothmeyer bestimmt worden, der jetzt als Abteilungsleiter das englische Referat im Auswärtigen Amt bearbeitet. Seinen Posten übernimmt der Geh. Legationsrat von Schubert, der bisher der deutschen Botschaft in London zugeteilt war.

Ende des oberösterreichischen Kohlenstreiks. Die Gefahr eines oberösterreichischen Generalstreiks ist behoben. Die Betriebsräte der oberösterreichischen Kohlenwerke haben sich mit dem Vorschlag der Direktion auf ein neues Schiedsgericht unter Bedingungen der Rationierter Vereinbarungen, aber unter einem Gleichrichter Richter als Vorsitzenden einverstanden erklärt. Der Streik ist auf ein Ende zu sein. Die oberösterreichischen Kohlewerte die Arbeiter in vollem Umfang wieder aufgenommen worden. Nur von der Belegschaft der Röhrenhütte setzen 150 Mann.

Konflikt zwischen den badischen Mühlenbesitzern und der badischen Regierung. Der badische Müllerbund hat seine Mitglieder auf dem Offenburger Verbandstage verpflichtet, bis auf weiteres Mühlenkontrollen nicht mehr vornehmen zu lassen. Die badische Regierung weist darauf hin, daß dieser Beschluß ungegültlich ist und wieder von der Reichsregierung bestätigt werden könne. Weiterer Widerstand gegen die Kontrolle habe besondere Maßnahmen, namentlich die Überwachung der Mühlen in Selbstverwaltung des Kommunalverbandes, zur Folge.

Eine Finanzmittelfrage. Wie verlautet, trägt sich der badische Finanzminister mit dem Gedanken, als Bindeglied zwischen der Reichsfinanzverwaltung und den Landesfinanzstellen eine Mittelstelle einzurichten. Das Reich verlangt nämlich eine halbjährige Vollziehung der Geschäfte der zu Reichsbehörden umgewandelten Landesfinanzämter von den Landesgeschäften.

Die endgültigen Ergebnisse der Kreiswahlen im Saargebiet. Die nachträglich zusammengestellten Ergebnisse der Kreiswahlen im Saargebiet haben ergeben: Zentrum 1 825 904 Stimmen (115 Sitze), Mehrheitspartei 1 169 498 Stimmen (60 Sitze), Unabhängige 1 265 108 Stimmen (94 Sitze), Würg. Sammelwähler 574 818 Stimmen (16 Sitze), Deutsche Volkspartei

51 775 Stimmen (1 Sitz). Die sonstigen bürgerlichen und freien Vereinigungen haben insgesamt 27 Sitze erhalten.

Ein rechtsstehendes Konfuzienunternehmen gegen die Frankfurter Zeitung. Vor einiger Zeit haben in Stuttgart die Besprechungen zwischen bekannten Zeitungsverlegern wegen der Gründung einer großen rechtsstehenden Zeitung stattgefunden. Man hat bereits daran beteiligt gewesen sein. Die Sache war bereits sofort gegeben, daß man an bestimmte Verlören um Mitwirkung bei der Sache herantrat und auch schon den Chefredakteur bestimmt hatte. Nach dieser für Würtemberg immerhin sensationell wirkenden Mitteilung war es einige Wochen ruhig geblieben. Jetzt kann die deutschdemokratische „Heilbronner Abendzeitung“ folgende ergänzende Mitteilungen machen: „Vor einiger Zeit ging die Nachricht von einem Zeitungsaufruf durch, der in Stuttgart durch die Presse. Wie mit dem zu erfahren, war zuerst an einen Anlauf des „Schwab. Bazar“ gedacht. Es handelt sich nun aber um die Gründung einer neuen Zeitung großen Stils als Konfuzienblatt-Unternehmung gegen die „Frankfurter Zeitung“. Eine der Hauptquellen ist Heidelberg. Die Maschinen sollen bereits vorhanden sein, es fehlt aber noch an Papier. Zu diesem Zweck soll eine Papierfabrik aufgekauft werden. Die Zeitung soll antilettischen Charakter tragen. Der Nachredakteur in Aussicht genommene frühere „Saarbrücker Zeitung“ des „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ Ernst Keil, zur Zeit Sanitätschef des Ehlinger Industrieverbandes, hat allerdings abgelehnt.“ Herr Stinnes hat inzwischen in Stuttgart ein Haus gekauft und so wird die Sache schon vollends in Schuß kommen. Alle Demokraten sollte das veranlassen, sich jetzt hinter ihre Presse zu stellen. Die Vorgänge in Bayern sind abgelehnt genaug.

Ausland.

Die neue österreichische Volkswehr droht mit dem Streik. Wien, 10. August. Die aus der Volkswehr hervorgegangene neue Wehrmacht Österreichs, deren Angehörige gemeinschaftlich organisiert sind, ist bereits kurze Zeit nach ihrer Errichtung in einen Lohnkampf eingetreten. Sie verlangt wesentliche Erhöhung ihrer Bezüge und droht, falls diese Forderung nicht bis zum 1. September erfüllt sein sollte, mit dem Streik.

Mäßigung amerikanischer Finanzleute aus Österreich. Basel, 10. Aug. Es liegen Nachrichten aus Österreich vor, wonach die amerikanischen Firmen ihre in Österreich eingeleiteten Guthaben wieder zurückgezogen. Für Österreich würde das von den schwersten wirtschaftlichen Folgen sein.

Dänisch-finnischer Vertrag.

Kopenhagen, 10. August. Nach Mitteilung liberal-radikaler Mütter hat Dänemark einen Vertrag mit der finnischen Regierung abgeschlossen, nach dem die dänischen Armeekorps in Finnland Munition für das finnische Heer herstellen werden. Nach einer anderen Mitteilung sind bereits bedeutende Mengen Munition geliefert worden. Die Dänisch-Finnsche Union, der Zeitpunkt für diese Vereinigungen erdichtet, recht wenig glücklich gewährt; Dänemark laufe Gefahr, die Augen für einen neuen europäischen Krieg zu geben.

Eine neue französische Anleihe in Amerika. Basel, 10. Aug. Nach Meldungen aus New York steht Frankreich kurzzeitig mit amerikanischen Finanzkreisen in Unterhandlungen über die Aufnahme einer neuen französischen Anleihe, um seinen Anteil an der 1915 in Frankreich aufgenommenen englisch-französischen Anleihe von 500 Millionen Franken, die im Oktober fällig wird, bezahlen zu können.

Politischer Bergarbeiterstreik in Australien.

Sydney, 10. Aug. In Australien steht eine große Kohlenstreik bevor. Infolge nasser Witterung der Grubenarbeiter ist die Förderung sehr zurückgegangen. Sie wollen dadurch eine Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorbereiten. Die Kohlenverträge der Industrien sind derzeit gering, daß die Bergleute glauben, es bedürfte keines allzulangen Streikes, um ihre Forderungen durchzusetzen.

Die deutsche Farbenkarte.

Zur Eröffnung der Berliner Modewoche.

Von den Herrlichkeiten der Berliner Modewoche gibt einen gewissen Abgang der vom Verband der Deutschen Modewirtschaft unter dem Titel „Modewoche“ herausgegebene glanzvoll ausgestattete Führer durch die Modewoche, in dessen literarischem Teil Kunst- und Fadenglossare das Wort ergreifen haben. So spricht da unter anderem Hermann Muthesius über die Schöpfung der deutschen Farbenkarte, eine, man kann wohl sagen, deutsche Kulturart, die unsere Unabhängigkeit vom Ausland wenigstens auf diesem Gebiete begründet.

Denn — so schreibt Muthesius — das sichtbarste und vielleicht auch beschämendste Zeugnis für die Abhängigkeit der deutschen Mode vom Ausland war die Tatsache, daß es keine deutsche Farbenkarte gab. Die gesamte deutsche Modewirtschaft war auf die Benutzung ausländischer Karten angewiesen. Zweimal im Jahre erschienen Karten, meist französische Ursprungs (während des Krieges traten ökonomische Karten an deren Stelle), die der deutschen Industrie Farben, die für modern erklärt wurden, vorhielten. Namentlich hatte die deutsche Modewirtschaft, die sich auf einzelnen Gebieten, wie z. B. der Kravattenstoffherstellung, bereits eine selbständige, ja führende Stellung in der Welt erworben hatte, unter diesem — Umstände zu leiden. Aus den Kreisen der Kravattenstoffindustrie kam denn auch zuerst der lebhafteste Wunsch, eine deutsche Farbenkarte an die Stelle der ausländischen Karte zu setzen, und diese für die gesamte deutsche Modewirtschaft einzuführen. Die Grundlinien, nach denen die inwärtigen ihrer Vollendung entgegengehende deutsche Farbenkarte aufgebaut ist, sind im wesentlichen dieselben geblieben, wie sie aus jenem Kreise heraus anfänglich aufgestellt waren.

Von allen bisherigen Farbenkarten soll sich die deutsche Farbenkarte dadurch unterscheiden, daß sie sich nicht auf die gerade herrschenden Modetönen beschränkt, sondern eine Stammtafel für alle Farben darstellt. Die Karte wird 2400 Farben enthalten, von denen 600 Grundfarben, die übrigen Schattierungen dieser Grundfarben darstellen. Nur solche

Farben sind ausgewählt, welche für die Seidenindustrie in Betracht kommen. Für diese dürfte aber die Karte auch ein erschöpfendes Bild aller Farbmöglichkeiten darstellen, daß beim Wäsche- und Bekleidungsarbeiten. Es wird übrigens darauf hingewiesen, daß aus der Stammtafel zeitlich besondere Modetönen kleineren Umfanges herausgegeben werden, in denen dann auch die von der Mode gerade bevorzugten Farben noch weiter aufgepaßt werden können. Als Träger der Farben sind Seidenfäden gewählt, da selbstverständlich ein Farbenaufriss auf Papier für die Seidenweber und -färberei nur einen zweifelhaften Wert haben würde.

Nachdem der Plan der Farbkarte für die deutsche Seidenindustrie entwickelt und in gemeinsamen Besprechungen mit Schwebereibetrieben gebilligt war, blieb die große Frage, wie der Gedanke der Karte praktisch auszuführen sei. Da die zunächst Beteiligten dem Weberverband der deutschen Werkstoffe angehörten, lag es nahe, diesen Ausschuss als Herausgeber der Farbkarte zu betrauen. Von größter Wichtigkeit mußte es aber weiter sein, die geschäftlich beteiligten Kreise zur tätigen Mitarbeit heranzuziehen.

In dem kurz vorher geschlossenen Verband der Deutschen Modewirtschaft e. V. war die berufene Stelle gegeben, dem ergänzenden Teil der Aufgabe zu übernehmen. Nachdem durch gemeinsame Verhandlungen die Grundlinien für Herstellung, Inhalt und Vertrieb der Farbkarte festgelegt worden waren, wurde ein förmlicher Vertrag abgeschlossen, nach welchem die Farbkarte in einer Auflage von etwa 500 vom Deutschen Weberverband übernommen und verteidigt werden sollte. Die für die Farbkarte notwendigen Seiden im ganzen etwa 200 Kilogramm Japan-Trame, wurde von der Seiden- und Bewertungsgesellschaft m. B. H. im Sommer 1917 zu den damals herrschenden, nochmäßigen Preisen für den Zweck freigegeben.

Was es auf diese Weise gelungen, die in Betracht kommenden Kreise soweit mit dem Unternehmen zu verketten, daß keine Verwirrung möglich wurde, so blieb nun noch übrig, die Werkstoffe zu finden, die die Herstellung der Karte übernehmen konnte. In der Hauptfabrik der Farben-

fabriken vorm. Friedr. Bauer & Co. in Levetufen hatten die neueren Vorkommen auf dem Gebiete der Farbmittel, namentlich der Giftfärberei, schon seit Jahren eine höchst erfolgreiche Vertiefung gefunden. Es gelang, die Farbenfabrik auch für die Farbenkarte zu interessieren, und sie zur Übernahme der Arbeit zu gewinnen. Sie übernahmen es im Einvernehmen mit dem Weberverband und dem Verband der Modewirtschaft freimütig, die in der Farbenkarte aufzunehmenden Farbtöne darzustellen. Aus einer großen Reihe von Vorklagen sind darauf in gemeinschaftlichen Sitzungen die Farben ausgeselert worden; es ist gefestigt und immer wieder gefestigt worden, bis das Ziel erreicht und namentlich auch die Wünsche der Modewirtschaft in zufriedenstellender Weise erfüllt waren. Der Krieg und die nach seiner Beendigung eingetretenen wirtschaftlichen und politischen Störungen haben die Arbeit nicht unendlich verzögert. Inzwischen ist sie heute soweit gefördert, daß die Stränge für die verschiedenen Farben eingedruckt sind und die Fäden herbeifertigt werden. Für die Aufmachung der Farbenkarte sind eingehende Verluste unter Leitung eines Kunstlers angesetzt worden, die zu dem Ergebnis geführt haben, die Wäpchen in Gruppen von etwa 5 (Grundfarbe mit ihren Schattierungen) auf Karten so zusammen zu stellen, daß jede Gruppe herausgenommen werden kann. Jede Tafel enthält 100 Wäpchen, die 24 Tafeln sind in einem Papppfosten vereinigt. Im Herbst d. J. wird voraussichtlich das fertige und langwierige Werk abgeschlossen vorliegen. Im Verlauf der Arbeit hat sich herausgestellt, daß die verlässliche Seide nur für eine Auflage von 400 ausreichte. Eine in Ermüdung gezogene nachträgliche Vergrößerung der Auflage sicherte an den inwärtigen eingetretenen unüberwindlichen Schwierigkeiten.

Es ist zu hoffen, daß die deutsche Farbenkarte eine der ausgedehnten Arbeiten für den zu beginnenden Neuaufbau unseres Wirtschaftslebens, wenigstens auf dem so wichtigen Gebiete der Seidenindustrie, sein wird. Zugleich mag sie als Beweis dafür angesehen werden, daß die deutsche Unternehmungskraft nicht verfehlt ist, daß trotz der erlittenen Niederlage Deutschland den Mut besitzt, unerschrocken vorwärts zu schreiten.

